

„Menschen, die Leben nicht leben dürfen oder wollen, hassen das Leben der Anderen.“ (Oliver Decker in der TAZ vom 21.09.2023)

Ergebnisse zur Forschungsgeschichte der HWP

1 Die systematische Erschließung von Quellen, insbesondere unterstützt durch das Universitätsarchiv der Universität, erlaubt einen tiefen Einblick in die bisher noch nicht aufgearbeitete Forschungsgeschichte der Akademie/HWP, an deren „Rehabilitation“ ich seit nunmehr einem Jahr arbeite. Dabei fällt zuallererst auf, dass die vielfältigen Publikationen, insbesondere Monografien, Sammelwerke und kontinuierlich herausgegebenen wissenschaftlichen Zeitschriftenreihen, ohne Finanzierung durch die GdFF nicht möglich gewesen wären. Von 1953 bis Mitte der 1970er-Jahre tritt sie zudem in den meisten Fällen als zusätzliche Herausgeberin der Monografien und Sammelwerke auf und verwertet darüber hinaus Aufsätze in den „Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde und Förderer“, die gleichzeitig in der im Leske Verlag herausgegebenen Reihe „Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung“ erscheinen. Das zeigt nicht nur die tiefe Verbundenheit der Alumnae mit ihrer Hochschule an, sondern verdeutlicht auch deren Bestreben, ihren wissenschaftlichen Ruf zu garantieren und zu festigen.

Zwar war der Akademie in ihrem Gründungsakt höchste Wissenschaftlichkeit, ergo Forschung, vorgeschrieben und die Einrichtung eines Forschungsinstituts für Gemeinwirtschaft angekündigt worden, aber eine entsprechende finanzielle Ausstattung seitens der Behörde war damit erst einmal nicht verbunden. Vor diesem Hintergrund ist nicht weiter verwunderlich, dass beispielsweise Schelsky das von ihm curricular durchgesetzte empirische Praktikum, das alle Studierenden unabhängig von ihren sonstigen Fächerpräferenzen absolvieren mussten, nutzte, um mit Hilfe der dort von den Studierenden angefertigten „Familienmonographien“, so Schelskys Bezeichnung, seinen Ruf als moderner soziologischer Empiriker zu begründen. Das gelang ihm, indem er die Gesellschaft Westdeutschlands als *nivellierte Mittelstandsgesellschaft* charakterisierte, in der klassizistische Verteilungskämpfe der Vergangenheit angehörten und in der mit einer *skeptischen Jugend* zu rechnen sei, die nicht an der etablierten Ordnung rütteln würde. Andere Untersuchungen, die Schelskys Assistenten Heinz Kluth, Ulrich Lohmar und Rudolf Tartler durchführten, wurden vom DGB finanziert, kleinere Untersuchungen, die insbesondere der Betriebswirt Johannes Stupka verantwortete, von einzelnen Genossenschaften.

Zusätzliche Anmerkung: An Schelskys Veröffentlichungen, seien es seine Aufsätze in den *Mitteilungen der Akademie* oder seine bereits 1953 erschienene Monografie „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart“ oder sein ebenfalls in den Mitteilungen erstmalig 1954 publizierter Aufsatz „Die Aufstiegsbedürfnisse in der nivellierten Gesellschaft“, nicht hängenzubleiben, gelingt mir einfach nicht. Und das hat nicht nur damit zu tun, dass sein empirisches Material ausschließlich auf den *Familienmonographien* von Akademie-Studenten basiert, bei denen man auf den ersten Blick davon ausgehen müsste, dass sich diese zum damaligen Zeitpunkt gemäß der Gründungsintention der Akademie weitestgehend aus der Arbeiterklasse rekrutiert hätten. Allerdings belegen die frühen Absolventen-Studien, die Studienverläufe der ersten Jahrgänge evaluiert und dabei gleichzeitig die soziale Herkunft und Schichtzugehörigkeit der Eltern erhoben haben, dass bis Mitte der 1950er-Jahre der überwiegende Teil der (meist männlichen) Studenten der mittleren bis oberen Mittelschicht und nur ein wesentlich kleinerer Teil der Arbeiterklasse angehört haben. Erst gegen Ende der 1950er-Jahre hatten sich die Verhältnisse derart umgekehrt, dass Ralf Dahrendorf auf der Zehn-Jahres-Feier der Akademie den *Zweiten Bildungsweg als Reservemechanismus zur Rekrutierung der*

benachteiligten Arbeiterklasse völlig zu Recht ausrufen konnte. Insofern hat der sich erstmalig um Empirie und eigenständige empirische Sozialforschung bemühende Schelsky mit der Behauptung der nivellierten Gesellschaft zumindest die Gesellschaft der Akademie-Studierenden zutreffend bebildert, mit Sicherheit aber nicht die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft in toto. Dass sowohl die nivellierte Gesellschaft als auch die zwar skeptische (gegenüber jedweder Ideologie von Links und Rechts), aber dennoch brave Generation Jugendlicher zu öffentlichkeitswirksamen Narrativen wurden, lässt sich nur mit ihrer sedierenden Wirkung erklären, versprechen sie doch weder das Auftreten von Klassenkämpfen noch von Jugendrevolten, vor allem aber das Nichthinterfragen der Nazi-Vergangenheit der Eltern-Generation.

Ich hätte nicht Schelskys Personalakte einsehen dürfen, den Personalbogen von 1948, in dem er mit unbeholfener Schrift zwar seine Militärzeit und seinen Offiziersstatus (inklusive Verwundung und daraus resultierender Versorgungsansprüche) angibt, zu seinen Mitgliedschaften in NS-Organisationen aber gar keine bzw. nur rudimentäre Angaben macht: ein Personalbogen voller *weißer* Blätter. Ich hätte mir nicht seine Entnazifizierungsakte aus Baden-Württemberg anfordern dürfen, um zu begreifen, dass er keine Angaben gemacht hat, weil er zu diesem Zeitpunkt noch darauf wartete, endgültig amnestiert (nicht freigesprochen) zu werden. Und ich hätte nicht Schelskys Quasi-Nachruf auf den Psychiater Hans Bürger-Prinz, 1979 in den *Mitteilungen der GdFF* erschienen, lesen dürfen, in dem er einerseits geradewegs wütend gegen den – seiner Meinung nach – unsäglichen Strukturfunktionalismus à la Parsons in der westdeutschen Soziologie wettet, der seinen traurigen Höhepunkt in der Systemtheorie Niklas Luhmanns gefunden habe, andererseits Bürger-Prinz nicht nur als intellektuellen Begleiter seiner Hamburger Jahre beschreibt, sondern als wichtigsten *Lehrer* geradewegs glorifiziert: Dieser habe ihm die Bedeutung individuellen Handelns einschließlich eigenwilliger psychischer Dispositionen für die Entwicklung von Gesellschaften nahegebracht und hierdurch begreifen lassen, was für einen Mist Strukturfunktionalismus und Systemtheorie in der westdeutschen Soziologie angerichtet hätten.

Im dritten Band seiner Enzyklopädie zu „Täterprofilen“ (2019) widmet Hans-Peter de Lorent Bürger-Prinz ein ausführliches Täterprofil, dessen Verstrickungen bis hin zur aktiven Täterschaft in den Euthanasie-Verbrechen der Nazi-Zeit bereits seit Ende des Krieges bekannt, aber in dem von ihm erfolgreich konstruierten Leugnungszusammenhang systematisch unter den Tisch gekehrt worden waren. So heißt es bei de Lorent: „In Hamburgs Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre war der Psychiater Professor Dr. Hans Bürger-Prinz eine feste Größe in der Gesellschaft, ein Medien-Star. Eine Gesellschaft, die kollektiv und individuell das Trauma und das Drama des Nationalsozialismus niemals aufgearbeitet hatte, ließ sich von ihm die menschlichen Abgründe erklären. Dabei war Bürger-Prinz selbst zutiefst verstrickt in den Nationalsozialismus, Mitglied der NSDAP und der SA seit 1933, eng verbunden mit Kriegsverbrechern, den führenden Medizinern des Nationalsozialismus, hatte er eine Legende um seine Person aufgebaut.“ (S. 924) Das hat Schelsky offensichtlich von ihm gelernt: einen Leugnungszusammenhang in Form einer Legende aufzubauen und damit zum Star einer nach Verdrängung und Vergessen hungrigen Nachkriegsgesellschaft zu werden. Dass Schelskys Legendenbildung offensichtlich nur über eine in der Hoffnung auf eine alternative wissenschaftliche Praxis gegründete Institution wie die Akademie für Gemeinwirtschaft gelingen konnte, macht die Sache umso schwerwiegender, zumal er sich selbst in seiner Bewerbung auf die Akademie-Professur damit rühmte, seit 1947 zusammen mit Arnold Gehlen in der American Library in Karlsruhe sämtliche Schlüsselwerke der US-amerikanischen Soziologie, insbesondere auch Parsons, gelesen und als theoretischen Ausgangsrahmen übernommen zu haben.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass es Schelsky nicht zuletzt durch seinen empirischen Ansatz gelang, seine Hamburger Jahre zum Meilenstein der westdeutschen Nachkriegssoziologie zu machen und ihm einen unbestreitbaren Ruhm als einer der meistrezipierten Soziologen dieser Zeit einzuräumen.

2 Als das Forschungsinstitut 1953 offiziell von Senator Landahl als Stiftung eingeweiht wurde, sind es drei Aufgaben, die dem *Institut für Gemeinwirtschaft* (versehen mit dem Zusatz *Forschungsstelle der Akademie für Gemeinwirtschaft*) vorgegeben wurden, auf das sich die ersten Mitglieder, alle Fachvertreter der jeweiligen Disziplinen, die *außerordentlichen* Mitglieder, zu denen rasch Eduard Heimann und Siegfried Landshut gehörten, sowie die *fördernden* Mitglieder, allesamt Repräsentanten von Politik (so der Bürgermeister Max Brauer, Senator Landahl und Karl Schiller in seiner Funktion als Verkehrssenator), Gewerkschaften und Genossenschaften, auch verpflichteten. Das waren „Erstens wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit der Klärung aktueller sozialer und ökonomischer Probleme beschäftigen“, zweitens „die Aufgabe, die Erkenntnisse der modernen Sozialwissenschaften nach pädagogischen Gesichtspunkten auszuwerten und durch allgemeinverständliche Publikationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ sowie drittens die Aufgabe, „ausländische Werke, die im Rahmen der Aufgaben der Akademie wichtig sind, zu übersetzen und dadurch der deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“ Um die Dringlichkeit einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung durch den Hamburger Senat einer ansonsten auf Stiftungsgelder angewiesenen Forschungseinrichtung zu betonen, sandte Heinz-Dietrich Ortlieb in seiner Funktion als Rektor der Akademie Veröffentlichungslisten an Behörde und Senat, welche die Forschungsanstrengungen von drei Professoren (Capelle, Ortlieb und Schelsky) und zwei Dozenten (Stupka und Sundhoff für BWL) sowie deren Assistenten (Arndt, Kluth, Lohmar, Meis, Tartler und Wurzbacher) demonstrieren und Eindruck schinden sollten.

An diesen Listen ist zweierlei bemerkenswert: Während Ortlieb und Capelle zu diesem Zeitpunkt (1953) jeweils ein Lehrbuch, Ortlieb zudem diverse Beiträge in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* und in den *Mitteilungen der Akademie für Gemeinwirtschaft* publiziert hatten, Stupka und Sundhoff Aufsätze in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* sowie in *Der Verbraucher*, stachen Schelsky mit den „Wandlungen der deutschen Familie“ und seine Assistenten mit zwei vom DGB herausgegebenen Sammelwerken zu „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend“ – in der Tat eines der dringlichsten sozialen Probleme dieser Zeit – hervor. Schelsky platzierte darüber hinaus einzelne Beiträge in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, aber auch drei in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, die Leopold von Wiese 1948 gegründet hatte und die heutzutage eine der renommiertesten (zwischenzeitlich hochgerätksten) sozialwissenschaftlichen Zeitschriften ist. Volks- und Betriebswirtschaftslehre kommen hier ausschließlich in Gestalt reiner Lehre und Belehrung (heute würden wir stattdessen von Ratgebung sprechen) vor, wobei theoretische Einlassungen noch entlang national- versus sozialökonomisch geprägter Diskurse verlaufen, die einen Bezug zur Weimarer Zeit aufweisen (Stichworte: Krise des Marxismus, Kampf um Wirtschaftsdemokratie etc.). Dagegen nehmen Schelsky und seine Assistenten das bis heute dominante Selbstverständnis einer sich empirisch verstehenden Soziologie auf, die auf methodische, methodologische sowie tiefentheoretische Reflexionen angewiesen bleibt.

Während sein Nachfolger Carl Jantke einem sozialhistorischen Pfad folgt, nimmt der 1962 berufene, aus der Mackenroth-Schule stammende Karl-Martin Bolte diesen ursprünglichen Faden wieder auf und reüssiert mit seiner bis heute anerkannten Sozialstrukturanalyse der „Gesellschaft im Wandel“. Zwischenzeitlich hatte Elisabeth Pfeil, die 1957 als erste Wissenschaftlerin des Forschungsinstituts festangestellt worden war, empirische Untersuchungen zum Hamburger Wohnungsmarkt und zur Beschäftigung von Müttern durchgeführt, die Anfang der 1960er-Jahre als Monografien publiziert wurden. Ein derartiges empirisches Vorgehen hatte Elisabeth Pfeil ab 1937 als Schriftleiterin im „Archiv für Bevölkerungspolitik, Sexualethik und Familienkunde“ einüben müssen (sie war als Kunsthistorikerin ausgebildet worden) und dann nach 1945 in der *Sozialforschungsstelle Münster mit Sitz in Dortmund* in mehreren Untersuchungen zur Integration Geflüchteter ins Ruhrgebiet

praktiziert. Wenn man so will, ist sie die erste *gelernte* Empirikerin am Forschungsinstitut und der Akademie.

An den von Ortlieb 1953 ins Spiel gebrachten Publikationslisten wird aber auch deutlich, dass es – wie in der Weimarer Republik auch – noch keinen wissenschaftsintern und disziplinär geschlossenen Zeitschriftenmarkt gab, keine Peer-Review-Verfahren und keine Zeitschriftenrankings, die dazu zwingen, möglichst Beiträge in höchstgerankten Zeitschriften zu publizieren, um wissenschaftliches Renommee im „state of the art“ zu erwerben. Damals musste sich Wissenschaftlichkeit in Ökonomie und Soziologie vor allem darin zeigen und bewähren, ob sie dazu in der Lage war, empirische Tiefenanalysen zu liefern, die ihre Auftraggeber, aber auch eine mediale Öffentlichkeit als relevant ansahen und versprachen, aktuelle soziale Probleme zu lösen.

In dieser Phase, die von der Gründung der Akademie bis zu in die frühen 1970er-Jahre reicht, ist die Dominanz der Soziologie im Forschungsbetrieb der Akademie offensichtlich, der es nicht nur gelang, in eine breite Öffentlichkeit hineinzuwirken, sondern auch Jahr für Jahr, Projekt für Projekt, Forschungsmittel zu rekrutieren, selbst wenn zum damaligen Zeitpunkt die Mehrzahl der Studierenden einen Abschluss in BWL oder VWL erwarben. Allerdings war der Studiengang selbst noch so integriert, dass eine Auseinandersetzung mit der Soziologie und ihren prominenten Lehrern – von Schelsky, Dahrendorf, Bolte über Neidhardt – zu den eindrucksvollsten Erinnerungen der Absolvent*innen gehören. Hierüber gibt erneut die jüngste Veröffentlichung „Lernen.Lernen.Leben“ (2023) Auskunft.

Die in dieser Tradition stehende Forschung endete mit den Mitte der 1970er-Jahre veröffentlichten Forschungsberichten zur „Hamburger Lehrlingsstudie der Hochschule für Wirtschaft und Politik“, die der 1964 an die Ludwig-Maximilians-Universität München berufene Karl-Martin Bolte weiterhin betreute, der im Jahr seiner Berufung gleichzeitig in den Beirat des Deutschen Jugendinstituts mit Sitz in München, gegründet 1963, gewählt worden war. Hier entstand zum ersten Mal eine Forschungskoooperation mit einer Forschungseinrichtung, die außerhalb der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen oder hamburgischen Forschungsförderung angesiedelt war. Nacheinander erschienen „Der Lehrling in der Berufsschule“ (Crusius 1973, Bd. 1), „Der Lehrling im Betrieb“ (Daviter 1973, Bd. 2), „Berufswahl und Berufszufriedenheit der Lehrlinge“ (Laatz 1974, Bd. 3) und „Fortbildungsinteressen und Zukunftserwartungen der Lehrlinge“ (Epskamp 1974, Bd. 4), welche die sich manifestierende Krise der „Dualen Ausbildung“ und die Kritik der Lehrlinge an ihrer Ausbildungssituation zum Gegenstand hatten, die diese mehrheitlich als ausbeuterisch, rückwärtsgewandt, autoritär bezeichneten und keine *gute* Zukunft von ihr erwarteten.

3 In dieser für die Akademie/HWP so erfolgreichen Forschungsagenda, die einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren umfasst, taucht die Bezeichnung „Sozialökonomie“ als Forschungsreferenz nicht auf, auch wenn Eduard Heimann, der 1963 aus den USA nach Hamburg zurückgekehrt war, in den von der Akademie und der GdFF herausgegebenen Publikationen ein breiter Raum eingeräumt wurde. Auffällig ist dabei, dass sich Heimann in diesen während seines Exils in den USA entstandenen Publikationen, offensichtlich beeinflusst durch in den sich in den USA abzeichneten Konsum-Kapitalismus und seine individualisierenden Folgen, immer stärker von seinem ursprünglichen Verständnis, was eine Sozialökonomie zu leisten habe, abwich. Ein in dieser Hinsicht typischer Aufsatz, der 1964 in den *Mitteilungen* erschien, trägt den folgerichtigen Titel „Der entfremdete Sozialismus und die Konsumgesellschaft“.

Dagegen steht sein 1929 erstmalig veröffentlichtes Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“, an dem er zusammen mit seinem Assistenten Siegfried Landshut gearbeitet hatte, für eine Auffassung von

Sozialökonomie, die sich theoretisch und empirisch (so lautete schließlich sein Denomination) mit der kapitalistischen Ökonomie, ihren Verwerfungen sowie der sich herausbildenden Sozialpolitik, bei der der demokratisch legitimierte Staat immer stärker zum gestaltungsmächtigsten Akteur wurde, auseinandersetzt. In der Heimannschen Perspektive ist somit eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Sozialen des Wirtschaftssystems, das er in der staatlich verantworteten Sozialpolitik manifestiert sieht, ohne eine Staatstheorie, die vor allem die repräsentative Demokratie in den Blick nimmt, nicht zu haben. Sozialpolitik, zuerst in mühsamen Kämpfen der Arbeiterbewegung errungen, wandle sich derart zur unverzichtbaren Legitimitätsgrundlage der kapitalistischen Ökonomie. Ohne sie – so Heimann – verlöre das kapitalistische Wirtschaftssystem jegliche Form der Anerkennung durch die arbeitende Bevölkerung – die Arbeiterklasse. In einer zutiefst dialektischen Argumentationsfigur weist Heimann darauf hin, dass der Kapitalismus auf den Einbau des Sozialen, sprich: der Sozialpolitik, die er prinzipiell abwehrt, zwingend angewiesen ist, wenn er sich weiterentwickeln und modernisieren will. Wie gleichermaßen die Arbeiterklasse auf die technologischen Produktivkräfte der kapitalistischen Ökonomie angewiesen ist, wenn sich neben den erkämpften sozialen Rechten auch ihre materiellen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen nachhaltig verbessern sollen. Bildung und Bildungsansprüche sowie der Ausbau des Bildungssystems sind bei Heimann somit ein wichtiges Element der Sozialpolitik.

Im Gründungsauftrag der Akademie ist von einer so verstandenen Sozialökonomie nicht mehr die Rede. Stattdessen fokussiert er auf eine Gemeinwohlökonomie, die dem Anspruch folgen sollte, das Profitmaximierungsprinzip der kapitalistischen Ökonomie weitestgehend durch eine Gemeinwohlorientierung zu substituieren. Dazu, so der Gründungsauftrag, bedürfe es einer interdisziplinären Wissenschaft, die derartige ökonomische Prinzipien und diesen entsprechende Organisationsformen (Betriebe, Behörden etc.) nicht nur analytisch auf den Grund gehe, sondern in ihrem Werden auch aktiv unterstütze. Wie rasch sich aber realiter in der Forschung ein disziplinäres Selbstverständnis durchsetzte, zuerst in der Soziologie, etwas später dann in der VWL und noch später in der BWL, wird an den Forschungsberichten (einige weiter oben zitiert), aber auch der Einrichtung der Forschungsstelle in disziplinäre Stränge sowie fachliche Verantwortlichkeiten deutlich.

Sozialpolitik kam ab Ende der 1950er-Jahre ausschließlich als Fachkurs der VWL vor, als Wahlkurs für VWL-Studierende und allenfalls Nebenfachkurs für Studierende der anderen Fächer. Eine dementsprechende Denomination hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Lediglich im Recht wurden die nach dem Ausbau der HWP im Zuge der Einrichtung des „Sozialökonomischen Studiengangs“ zwei hinzugewonnene Professorenstellen mit dem Zusatz „Arbeits- und Sozialrecht“ etabliert, deren Stelleninhaber (Karl-Jürgen Bieback und Ulrich Zachert) intensiv in interdisziplinären Forschungszusammenhängen arbeiteten und sozialwissenschaftlich induzierte Publikationen veröffentlichten.

3 Gegenwärtig rekonstruiere ich eine Phase, in der sich die HWP ausdrücklich auf Sozialökonomie als übergeordnetem Selbstverständnis bezieht. Tatsächlich wird diese Phase durch große hochschulpolitische Veränderungen ausgelöst, die als Folge der von der Studentenbewegung evozierten Kritik von Universität und Wissenschaft überall in Westdeutschland zur radikalen Reform der Hochschulgesetzgebung, inklusive der allgemeinen Gestalt der Universität, und zur aktiven Beteiligung von Studierenden an Lehr- und Forschungsinhalten geführt haben. So werden die Gesamthochschule und die Interdisziplinarität zu den Diskurs und praktische Reformen bestimmenden Schlagworten. Für Hamburg bedeutet das, dass der politische Senat, Hochschulbehörde und Deputation 1972 einen Beirat „Gesamthochschule Hamburg“ und darunter

die Fachkommission „Sozialökonomie“ einsetzen, wobei in Letzterer die Wirtschaftswissenschaften der Universität, der Fachhochschule und die HWP in ihrer Gesamtheit, also inklusive Soziologie und Recht, vertreten sind. 1976 schlägt die Fachkommission nach acht Zusammenkünften vor, das Label Sozialökonomie ausschließlich an die HWP – jetzt weiter als eigenständige Wissenschaftsinstitution und nicht länger als integrierter Teil einer Gesamthochschule gedacht – zu delegieren. So heißt es abschließend: „Der neu einzuführende und mit dem Erwerb des Grades Diplom-Sozialökonom abzuschließende Studiengang wird von der HWP im Einvernehmen mit dem Fachausschuss Sozialökonomik verantwortet.“

Exemplarität, Interdisziplinarität und das Projektstudium ziehen ab jetzt in die auch innerhalb der HWP heftig umkämpften Studienreformbemühungen des sechssemestrigen, aber auch angedachten zweiten Studienabschnitts ein, der letztendlich – das ist den maßgeblichen Akteuren von Anfang an klar – den Status der HWP als eigenständige Universität absichern würde. Beeindruckend ist, in welcher kurzer Zeit das sechssemestrige Studiengang reformiert wird, vor allem aber auch, wie differenziert und anspruchsvoll die Begründungen dieser Reformen in den internen Papieren sind. So heißt es hinsichtlich der Einrichtung der Interdisziplinären Grundkurse in Form von Kleingruppen, die über zwei Jahre dauern und mit einer wissenschaftlichen Hausarbeit abgeschlossen werden sollen, selbstkritisch: „Die bisher an der HWP geübte Praxis der von Einzeldisziplinen gestalteten Grundkurse zerteilt den gemeinsamen Gegenstand Gesellschaft nach vier Aspekten, deren Zusammenhang dem gerade mit seinem Studium beginnenden Studenten nicht einsichtig werden kann. (...) Durch die Organisation der Grundkurse wird der Student zudem eingeschüchtert und in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Gebotenen isoliert.“ Das Kleingruppenprinzip solle vor allem den Mut zur aktiven Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Inhalten evozieren, kollaborative Diskussionszusammenhänge herstellen, in denen die Lehrende als *Prima inter Pares* agiert und gleichzeitig den Versuch unternimmt, sich den Logiken und Erklärungen der anderen Fächer anzunehmen, um diese in das Geschehen einzubringen. So gehe es nicht länger darum, kanonisiertes Wissen zu vermitteln, sondern gemeinsam mit den Studierenden wissenschaftlich fundierte Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu finden.

Neben der radikalen Reform des Grundstudiums, der Verankerung einer systematischen Methodenausbildung im zweiten Studienabschnitt und der Einrichtung von zwei interdisziplinär organisierten Kursen im letzten Studienabschnitt, dem Kurs „Gewerkschaftswesen“ und dem Kurs „Die Stellung der Frau in Politik und Gesellschaft“ (sic!), sollten so die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Studierenden für ein Studium der „Sozialökonomie“ und einen dem Universitätsstudium ebenbürtigen Diplomabschluss zu qualifizieren.

Die Fragen allerdings, was denn nun inhaltlich mit diesem Label geschehen soll, was der spezifische Gegenstandsbezug von Sozialökonomie im Verhältnis zur Ökonomik sein sollte, weshalb die alten „Gefährten“ der Nationalökonomie, Soziologie und Recht, weiter dazugehören sollen, ob es methodische und methodologische Unterschiede zu Ökonomik, Recht und Soziologie geben müsste: Diese Fragen bleiben bis zur Auflösung der HWP im Jahre 2005 letztlich unbeantwortet. So ist bezeichnend, dass sich weder im 1979 herausgegebenen „Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie“ unter dem Titel „Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen“ (der erste Jahrgang war 1978 erschienen und ersetzte das bis dahin zusammen mit dem HWWA herausgegebene „Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“) noch im darauf folgenden Jahrbuch „Zur Studienreform in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (1981) inhaltliche Begründungen einer Wissenschaft der Sozialökonomie finden lassen.

4 Exemplarisch: Der Kurs Gewerkschaftswesen

Als ich zum Wintersemester 1977/78 meinen ersten Lehrauftrag für den neu aufgestellten, interdisziplinären Kurs Gewerkschaftswesen erhielt, der in Kooperation mit dem DGB inklusive eines Lehrauftrags für einen Gewerkschaftsvertreter (Hermann Gaßmann) durchgeführt wurde und an dem ca. fünfzehn Betriebsräte und Vertrauensleute aus Hamburger Betrieben teilnahmen, war unser Gesamtkonzept noch ziemlich unstrukturiert. Aber die Teilnehmer*innen aus den Gewerkschaften (insbesondere der IG Druck und Papier, der IG Metall und der HBV), die sich zum ersten Mal in der Nachkriegszeit einer andauernden Strukturkrise mit Betriebsschließungen, einem hohen Automationsdruck, dem Verschwinden hochqualifizierter Arbeitstätigkeiten (Setzer*innen im Bereich der IG Druck und Papier) und der Spaltung der Belegschaften in sogenannte Stamm- und Randbelegschaften mit neu entstandenen prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt sahen, forderten von uns eine Tiefenanalyse dieses – wie man es damals nannte – Rationalisierungsgeschehens ein. Diese sollte zugleich die Erfahrungen der Gewerkschaften in der Weimarer Republik, die mit dem Vordringen von Taylorismus und Fordismus zu kämpfen hatten, berücksichtigen, um daraus Lehren für eine mögliche Gegenwehr ziehen zu können.

Jahr für Jahr vertieften wir unsere Analysen: So konnte ich mit Unterstützung durch die betroffenen Betriebsräte drei Rationalisierungsmonografien anfertigen: über einen mittelständischen Maschinenbaubetrieb, einen Großbetrieb der industriellen Massenfertigung und ein großes Versicherungsunternehmen, dabei Gemeinsamkeiten, aber vor allem Unterschiede in der Bewältigung dieser Strukturkrise herausarbeiten. Gleichzeitig führten wir regelmäßig von Gewerkschafter*innen geführte Betriebsbesichtigungen bei Volkswagen in Wolfsburg durch, die sich durch die japanische Konkurrenz und den sogenannten Toyotismus herausgefordert sahen, bereits mit Robotik in der Produktion und CAD (Computer Aided Design) in der Konstruktion experimentierten, besuchten die Stahlproduktion in Salzgitter und Hamburg, deren Walzstraßen sich in einem Vollautomationsstadium befanden, sowie den Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm Hamburg, der zunehmend eine Konversion von der Rüstungs- zur zivilen Flugzeugproduktion vornahm. Heute firmiert er über verschiedene Unternehmensänderungen als Airbus Group. Auch bei MBB beobachteten wir den Einsatz riesiger CNC-Werkzeugmaschinen, die Flugzeugteile informatisiert produzierten. Da es sich um von Betriebsräten geführte Besichtigungen handelte, konnten wir an den jeweiligen Arbeitsplätzen auch mit den dort arbeitenden Kolleg*innen sprechen, sie nach ihren Erfahrungen und ihrer Bewertung der neuartigen Arbeitsplatzsituation fragen.

Der Historiker Philipp Sarasin hat die späten 1970er-Jahre als eine Zeit zwischen „Pop und Apokalypse“ (2021, S. 12) beschrieben. Und erwähnt in diesem Zusammenhang Alvin Tofflers 1970 erschienenen und millionenfach verkauftes Sachbuch „Future Shock“, in dem er eine tiefgreifende technologische, sexuelle und kulturelle Revolution prognostiziert und vom „Zukunftsschock als neue Krankheit“ spricht. Nicht in allen, aber insbesondere in den Gesprächen mit älteren Kolleg*innen ließ sich erahnen, was es bedeutet, einen Zukunftsschock zu erleben: Vorteile, gar Verbesserungen, die diese Zukunft mit sich bringt, können dann überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden.

1981 erschien die von Udo Mayer und mir geschriebene Monografie „Rationalisierung und Rationalisierungsschutz“ im Luchterhand Verlag, die mehrfach wieder aufgelegt wurde. Als 1983 der neuberufene Ulrich Mückenberger die juristische Lehre im Kurs übernahm, entwickelte er sukzessive das Konzept des Normalarbeitsverhältnisses, das sich offensichtlich in einer Krise befand. Dieses Konzept erlaubte es uns, systematisch Genderaspekte bei der Untersuchung von Veränderungen in der Arbeitswelt zu berücksichtigen.

Gegen Ende der 1980er-Jahre endete allerdings die bis dahin fruchtbare Kooperation zwischen GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen der HWP über die Lehre mehr oder minder klanglos: Weder Studierende noch GewerkschafterInnen und Forschende waren länger bereit, sich diesem einmaligen Experiment zu stellen. Als Abschluss dieser intensiven Beschäftigung mit dem Strukturwandel der Arbeitswelt und der sich verändernden Rolle der Gewerkschaften kann die 1994 von Claus Offe, Hildegard Matthies, Ulrich Mückenberger und anderen publizierte Studie *Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt: eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung* gelten.

Dafür erschien ein neues Thema auf der Agenda: jenes der sich abzeichnenden ökologischen Krise und die Notwendigkeit der Transformation von Produktion und Konsumtion bzw. der Art und Weise, wie wir leben (sollten). Die HWP wird hier mit eindrucksvollen Monografien (Fred Luks in Kollaboration mit dem Wuppertaler Klimainstitut) und Beiträgen in gewerkschaftsnahen Publikationen (Jürgen Hoffmann) reüssieren bis hin zu einem von der Bundesregierung und der DFG geförderten Drei-Millionen-Euro-Projekt zur ökologischen Transformation (ab 2001), das der Nachwuchswissenschaftler Fred Luks verantwortet.

Dennoch blieb die Zusammenarbeit von Lehrenden und dem DGB sowie Einzelgewerkschaften wie der IG Metall oder IG Chemie eng. Weiterhin wurden Forschungsvorhaben von ihnen, aber auch dem Europäischen Gewerkschaftsbund sowie der Hans-Böckler-Stiftung gefördert bzw. Forschungsanträge bei anderen Institutionen unterstützt, bestand die deutschlandweit größte Stipendiat*innengruppe der Hans-Böckler-Stiftung an der HWP und waren nahezu ein Viertel aller Lehrenden als Vertrauensdozenten dieser Stiftung tätig.

5 Neben der Suche nach einer inhaltsreicheren Begründung von Sozialökonomie verfolge ich zurzeit noch zwei weitere Spuren: Das ist zum einen die Auswertung der „Sozialökonomischen Studientexte“, die Forschungsergebnisse der Sozialökonomischen Studienprojekte präsentieren und bis zu zur Auflösung des Studiengangs im Jahr 2001 (Umstellung auf Master-Studiengänge) regelmäßig erschienen sind. Zum anderen untersuche, was aus dem zweiten Auftrag der Forschungsstelle geworden ist, nämlich „die Erkenntnisse der modernen Sozialwissenschaften nach pädagogischen Gesichtspunkten auszuwerten und durch allgemeinverständliche Publikationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen“. Gegen Ende der 1978-Jahre ist es nicht nur mit der Forschungsstelle vorbei (in seinem ersten Bericht als Präsident der Hochschule verkündet Norbert Aust lapidar ihre satzungsrechtliche Aufhebung), vielmehr beteiligen sich die HWP-Forschenden und Lehrenden auch nicht länger an der „Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung“, die bis dahin überwiegend von der GdFF (und aus Zwangsbeiträgen der Lehrenden der HWP) finanziert wurde, und kündigen den Vertrag bei Leske. Während sich die Auflösung der Forschungsstelle aus inneren Querelen heraus erklären lässt, scheint die Durchsetzung des „Sozialpädagogischen Zusatzstudiums“ an der Universität in der Organisationsform der senatsunmittelbaren, wissenschaftlichen Einrichtung mit dem Ende dieser Zeitschriftenreihe zusammenzuhängen. Auch das lässt sich mit dem in den 1970ern massiv einsetzenden gesamtgesellschaftlichen Prozess der Individualisierung erklären, die den Bedarf nach therapeutischen Settings erhöht, weshalb in diesem Studiengang Psychologie und Medizin (Psychiatrie) neben der Pädagogik den interdisziplinären Zusammenhang bilden: Eine Aufklärung über die Politik, das Recht und die Ökonomie der Gesellschaft scheint nicht mehr vonnöten zu sein.

6 Wenn man – wie ich es für meinen Beitrag über die HWP zum 3. Sammelband der hundertjährigen Universitätsgeschichte angestellt habe – die längeren hochschulpolitischen

Diskurslinien untersucht, fällt auf, dass die Behauptung, die HWP sei zwar erfolgreich in der Lehre, aber schwach in der Forschung, zum ersten Mal dann auftaucht, als in dem sogenannten Dohnanyi-Gutachten (2003) ihre Integration in die neuzugründende Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vorgeschlagen wird. Allerdings: Im Dohnanyi-Gutachten selbst wird für alle betroffenen (damals noch) Fachbereiche, die Wirtschaftswissenschaften, die Sozialwissenschaften sowie die Rechtswissenschaft, ein allzu geringer Forschungsoutput bei gleichzeitig unzureichender Lehre konstatiert, gar die universitäre Soziologie als hoffnungsloser Fall markiert, während die HWP immerhin für ihre formidable, vorbildhafte Lehre hervorgehoben wird. So sind es vielmehr die Fachvertreter*innen der Universität, die den unmittelbar aufkommenden Konkurrenzdruck in das – offensichtlich bis in die Gegenwart nachwirkende – Narrativ ummünzen, dass es bei ihr mit der Forschung hapere. Zwar unterlegen sie zu diesem Zeitpunkt dieses Narrativ noch nicht mit einem vermeintlich geringen Output, sondern mit der Behauptung einer unzeitgemäßen, nicht den state of the art widerspiegelnden Forschung.

Dass Ersteres auch gar nicht zu plausibilisieren wäre, lässt sich rasch an den regelmäßig herausgegebenen Forschungsberichten der HWP ablesen, die auch die Dohnanyi-Kommission zur Kenntnis genommen hatte, an den unzähligen, von der Bundesregierung, der EU, den Gewerk- und Genossenschaften und weiteren Sozialverbänden finanzierten Drittmittel-Projekten, Monografien, Sammelwerken, Gutachten, wissenschaftlichen Zeitschriftenartikeln und in renommierten Verlagen erschienenen Promotionen. Die Berichte lassen aber auch deutlich werden, dass die in ihnen angeführten Forschungsbeiträge keine sie irgendwie versammelnde sozialökonomische Kontur aufweisen, sondern neben einer methodologischen und methodischen Vielfalt heterogene Forschungsfelder und interdisziplinäre Zugänge jenseits von Ökonomik, Recht und Soziologie besetzen. Und vermutlich ist es just diese verschwommene Heterogenität, die es den Konkurrent*innen erlaubt hat, diese Mannigfaltigkeit als quantitatives Defizit auszuflaggen, um sich von ihr abzugrenzen und sie derart diskreditieren zu können. Und dennoch: Mit ihrer nachweisbaren, thematisch fokussierten Interdisziplinarität, ihren weitläufigen nationalen- und internationalen Kollaborationen, ihrer – wie sie heutzutage genannt wird – Transferqualität verweist sie auf die Zukunft einer Forschungspraxis, wie sie gegenwärtig als Idealtypus postuliert wird.

Anhand verschiedener Forschungsstränge und nationaler sowie internationaler Forschungskollaborationen (für die Soziologie: Frigga Haug – Gender Studies; Wulf. D. Hund – Rassismus mit einem Fokus auf Australien; Stefan Breuer – Faschismus, Nationalsozialismus und radikale Rechte; für das Recht: Ulrich Mückenberger – Zeitpolitik und Politiken der Stadt, Ulrich Zachert – Beschäftigungssicherung und Mitbestimmung der Betriebsräte; BWL: Eberhard Liebau – Globalisierung und Internationale Zusammenarbeit; Daniela Rastetter – Emotionsarbeit im Servicebereich; Florian Schramm – Arbeitsrecht in der Personalpolitik; für die VWL: Ulla Knapp – Gender Studies; Rainer Volkmann – Metropole. Hamburg wachsende Stadt; Holger Paetow und Leonard Hajen – Gesundheitsökonomie). Aus den Forschungsberichten lassen sich diese interdisziplinär Forschenden extrahieren, die nationale oder internationale Kollaborationen im hohen Ausmaß praktiziert und unterschiedliche Forschungsfelder besetzt haben.